

Frau & Politik

Magazin der Frauen Union der CDU Deutschlands

FU!

Ausgabe 2/2018 · 64. Jahrgang G2977



Neue Dynamik

CDU

Auf den Punkt gebracht	2
Schwerpunkt	
Neue Dynamik	
Menschlichkeit, Gerechtigkeit, Zusammenhalt	5
Zuhören, Diskutieren, Entscheiden: Gestalten!	7
Miteinander statt Nebeneinander	8
Diskussion über § 219a StGB	
Schutz des ungeborenen Lebens	10
Beratungsbedarf bei Schwangerschaft	11
Frau im Gespräch	
Sprachrohr der weiblichen Abgeordneten Yvonne Magwas	12
Frau & Info	13
Frau vor Ort	
Nicht bange machen lassen Roswitha Verhülsdonk	14
Frau & Buch	15
Impressum	15



Liebe Frauen,

bei der Kabinettsklausur in Meseberg wurden die Weichen für die zukünftige Zusammenarbeit der Bundesregierung gestellt. Neben dem Haushalt 2018 und 2019 stand die Zukunft der Arbeit im Mittelpunkt. Ziel ist die Vollbeschäftigung. Das gemeinsame Anliegen der Großen Koalition ist, dass das gute Wirtschaftswachstum anhält und neue Arbeitsplätze entstehen. Inhaltliche Grundlage und Leitschnur ist der Koalitionsvertrag. Darüber hinaus haben wir für alle Kommissionen, die im Koalitionsvertrag vorgesehen sind, die jeweiligen Federführungen festgelegt. Gerade mit Blick auf die Alterssicherung von Frauen werden wir als Frauen Union die Arbeit der Rentenkommission intensiv begleiten. Die Arbeit der neuen Bundesregierung hat in allen Ressorts Fahrt aufgenommen.

Wir sind mit einer starken Frauenriege im Kabinett vertreten. Die CDU-Vorsitzende, Bundeskanzlerin Angela Merkel, hat bei der Besetzung der Kabinettsposten Wort gehalten und ihre Ankündigung, einen Frauenanteil von 50 Prozent zu verwirklichen, umgesetzt. Mit den drei Bundesministerinnen Ursula von der Leyen, Julia Klöckner und Anja Karliczek sind wir gut aufgestellt. Zusätzlich sind mit Monika Grütters und mir zwei CDU-Frauen Staatsministerinnen bei der Bundeskanzlerin. Auf der Habenseite sieht das schon sehr gut aus. Bei den parlamentarischen Staatssekretärinnen hätte ich mir deutlich mehr Frauen gewünscht. Für die Zukunft besteht also weiter erheblicher Handlungsbedarf.

Als Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration kümmere ich mich um ein Schlüsselthema für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Deshalb freue ich mich sehr darauf, mit meiner neuen Aufgabe im Bundeskanzleramt eines der wichtigsten Politikfelder der kommenden Jahre zu gestalten. Wir brauchen ein gesellschaftliches Miteinander, kein Nebeneinander. Dazu gehört, dass alle, die hier leben, ein Gefühl von Zugehörigkeit entwickeln können. Denn es geht um nichts weniger als den Zusammenhalt und das gute Zusammenleben aller Menschen in unserem Land.

Auch an der Spitze der CDU steht eine starke Frauenriege mit der neuen Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer und unserer Parteivorsitzenden Angela Merkel. Von diesen wurde der Weg zu einem neuen CDU-Grundsatzprogramm eingeleitet, welches auf einem CDU-Parteitag im Dezember 2020 verabschiedet werden soll. Als ein erstes und eigenständiges Kapitel des Grundsatzprogramms soll die „Soziale Marktwirtschaft“ und ihre besondere Herausforderung im Zeitalter der Digitalisierung neu diskutiert und erarbeitet werden. Dazu hat Annegret Kramp-Karrenbauer bereits ihre Zuhör-Tour begonnen. Das aktuelle Grundsatzprogramm wurde 2007 beschlossen. Seitdem hat sich vieles verändert. Die Digitalisierung hat jeden von uns erreicht. Wer lebt noch ohne Smartphone? Die Werte der CDU und unser Bekenntnis zum christlichen Menschenbild haben sich nicht geändert. Die CDU hat konservative, liberale und christlich-soziale Wurzeln. Wir sind die Volkspartei der Mitte. Herausforderung ist nun, die Antworten auf unsere Zeit aus unseren bleibenden Werten abzuleiten.

Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel und die CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer legen besonderen Wert auch auf die Beteiligung der Frauen der CDU in diesem Diskussionsprozess.

Unsere Jubiläumsveranstaltung und Kreisvorsitzenden-Konferenz zu 70 Jahre Frauen Union der CDU Deutschlands soll dazu aktuelle Akzente setzen. Mit der Resolution „70 Jahre unterwegs und weiter voran für Frauen“ wollen wir insbesondere die politische Teilhabe von Frauen weiter voranbringen.

Als ich ein kleines Mädchen war, waren Politiker Männer. Jetzt mit Angela Merkel ist es für junge Mädchen selbstverständlich, dass das höchste Regierungsamt mit einer Frau besetzt ist. Das ist wichtig, damit Mädchen und Frauen diesen Weg selbstbewusst einschlagen. Politik wird vielfältiger und reicher, wenn wir die Vielfalt der Geschlechter und andere gesellschaftliche Aspekte in die Politik einbringen. Politik ohne Frauen, die mitgestalten, wäre ärmer – ihr fehlte die „bessere Hälfte“!

Gleichstellungspolitik wird noch zu oft in eine ideologische Ecke gestellt, die mit der politischen Realität nichts zu tun hat. Wir müssen Strategien entwickeln für die politische Teilhabe von Frauen. Welche Möglichkeiten haben Frauen und welche strukturellen Hindernisse gibt es? Welche Konzepte und Maßnahmen eignen sich für die Förderung von Frauen? Wie schaffen wir es nachhaltig, Frauen für Politik zu begeistern und politische Mandate auf Bundesebene, in den Ländern, Kommunen und Europa zu besetzen?

Wir werden im Parlament über eine Reform des Bundestagswahlrechts sprechen. Dabei muss es auch um die Frage gehen, wie eine Wahlrechtsreform aussehen muss, damit wir mehr Frauen in unseren Parlamenten haben. Ein Männeranteil von 69 Prozent im Bundestag kann keine Dauerlösung sein! Zuletzt ist der Frauenanteil im Bundestag gesunken. Mit einem Frauenanteil von 31 Prozent ist er so männlich wie schon lange nicht mehr. Wir wollen, dass Frauen und Männer auch in Parlamenten auf allen Ebenen gleichberechtigt beteiligt sind.

Die Gründung der Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands am 1. Mai 1948 in Frankfurt am Main liegt jetzt 70 Jahre zurück. Der Auftrag besteht weiter; die Rechte von Frauen und ihre Interessen leiten uns. Wir treiben kraftvoll die Gleichstellung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft voran.

Hervorheben,

Ilse Annette Widmann-Mauz

Annette Widmann-Mauz MdB
Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands



Foto: Laurence Chaperon

Neuer Aufbruch

Ein japanisches Sprichwort sagt: „Fürchte dich nicht vor Veränderungen, fürchte dich vor dem Stillstand.“ Dies gilt besonders für die Politik. „Ein neuer Aufbruch für Europa – Eine neue Dynamik für Deutschland – Ein neuer Zusammenhalt für unser Land“ der Titel des Koalitionsvertrages beschreibt die Ziele der neuen Bundesregierung.

Die CDU spitzt die Ohren. Nach 11 Jahren wird ein neues Grundsatzprogramm erarbeitet. In einer Zuhör-Tour können Mitglieder sagen, was ihnen unter den Nägeln brennt. Die CDU steht zu ihren Werten, muss aber Antworten auf neue Herausforderungen unserer Zeit geben.

Dazu zählt auch die Integrationspolitik mit völlig neuen Herausforderungen. Miteinander statt Nebeneinander – bei der Entwicklung eines neuen Gesamtkonzepts müssen alle Integrationsmaßnahmen auf den Prüfstand.



Foto: CDU/Laurence Chaperon

Kraftvoll packt die neue Bundesregierung die Herausforderungen der Zukunft an. Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel gibt Antworten zu den Prioritäten.

Menschlichkeit, Gerechtigkeit, Zusammenhalt

Deutschland steht gut da: Beschäftigungsrekord, niedrige Arbeitslosigkeit, steigende Löhne und Renten, keine Schulden im Bund seit 2014. Aber obwohl es uns wirtschaftlich so gut wie noch nie seit der Wiedervereinigung geht, machen sich viele Menschen Sorgen um die Zukunft, ist der Ton der Auseinandersetzung rauer geworden, der Respekt vor unterschiedlichen Meinungen zurückgegangen, die Sorgen um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft größer geworden. Die Fragen, wie gut unser Rechtsstaat eigentlich funktioniert, und ob die Soziale Marktwirtschaft ihr Wohlstandsversprechen auch in Zukunft halten kann, bewegen viele Menschen. Das haben auch Union und SPD durch erhebliche Verluste im Wahlergebnis der Bundestagswahl zu spüren bekommen.

Uns als CDU ist es wichtig, die richtigen Antworten auf diese besondere Situation unseres Landes geben zu können. Wir haben uns entschieden, unsere Regierungsarbeit unter drei Leitlinien zu stellen: Ein neuer Aufbruch für Europa, eine neue Dynamik für Deutschland und ein neuer Zusammenhalt für unser Land. Gerade die Frage des Zusammenlebens und des Zusammenhalts zieht sich wie ein roter Faden durch den gesamten innenpolitischen Teil unseres Koalitionsvertrags. Wir als Bundesregierung wollen Spaltungen unserer Gesellschaft überwinden. Wir wollen unseren Beitrag für eine Gesellschaft leisten, die von Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Zusammenhalt geprägt ist.

Zusammenhalt wird zuerst in der Familie gelebt. Familien sind der Fels, auf dem unsere Gesellschaft baut. Hier lernen Kinder, was es heißt, den eigenen Weg zu finden und

zugleich füreinander da zu sein. Wenn wir Familien stärken, stärken wir den Einzelnen und gleichzeitig die Gemeinschaft. Deshalb ist die Entlastung und Stärkung der Familien eine der Prioritäten der CDU-geführten Bundesregierung. Für alle Familien erhöhen wir das Kindergeld. Zudem arbeiten wir weiter daran, dass sie Familienleben und Beruf einfacher miteinander vereinbaren können. Beim Kita-Ausbau sind wir hier schon weiter vorangekommen. Bis 2025 werden wir auch einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter schaffen. Zu einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie gehört auch, dass wir es Frauen erleichtern, nach einer Familienphase ihre beruflichen Pläne verwirklichen zu können. Deshalb werden wir ein Recht auf befristete Teilzeit einführen. Auch für andere Familien- und Lebenssituationen setzen wir auf bedarfsgerechte Antworten. So entlasten wir zum Beispiel gezielt Alleinerziehende und kinderreiche Familien. Und wir erhöhen den Kinderzuschlag. Denn hier gibt es nichts zu beschönigen: Kinderarmut in einem reichen Land wie Deutschland ist eine Schande, und wir müssen sie mit aller Kraft bekämpfen.

Andere Familien träumen vom eigenen Zuhause. Ihnen wollen wir mit einem Baukindergeld von 1.200 Euro für jedes Kind über zehn Jahre helfen. Die Mehrzahl der Familien in Deutschland wohnt allerdings zur Miete. Es wird für viele immer schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden, gerade in den Großstädten. Deshalb werden wir die Wirksamkeit der Mietpreisbremse prüfen und vor allen Dingen eine Wohnraumoffensive starten, mit dem Ziel, 1,5 Millionen Wohnungen und Eigenheime zusätzlich zu bauen.



Foto: picture alliance/Sven Simon

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, Dorothee Bär (Staatsministerin für Digitalisierung) und Annette Widmann-Mauz (Staatsministerin für Integration) kommen zur Klausurtagung des neuen Bundeskabinetts in Meseberg

Der Zusammenhalt in einer Gesellschaft zeigt sich vor allem auch im Umgang mit den Schwächsten. Nehmen wir zum Beispiel die Pflege. Wir haben in den letzten vier Jahren einiges getan, um die Situation der Patienten, der Pflegekräfte und vor allem der pflegenden Angehörigen zu verbessern. Wir wissen, welche große Belastung ein Pflegefall in der Familie bedeuten kann. Aber jeder spürt: Das alles reicht nicht. Angesichts der Dringlichkeit werden wir deshalb ein Sofortprogramm Pflege auflegen. 8000 neue Pflegekräfte sollen ein erster Schritt der Entlastung sein.

Jenseits der sozialen Sicherungssysteme fordern uns in Sachen Zusammenhalt vor allem die unterschiedlichen Lebensbedingungen in Stadt und Land heraus. Rathäuser und Arztpraxen schließen. Die Schule ist weit entfernt. Der Bäcker findet keinen Nachfolger. Der Supermarkt ist nicht mehr im Ortskern, sondern nahe der Autobahnauffahrt, wo es Parkplätze gibt, wohin aber der Weg für ältere Menschen oft viel zu weit ist. Bus und Bahn fahren nicht häufig genug. Ohne das Auto ist die Arbeitsstelle nicht zu erreichen. Die Versorgung mit dem täglich Nötigen wird immer umständlicher, der Alltag immer beschwerlicher. Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse überall in Deutschland schaffen. Genau deshalb ist das Bundesinnenministerium um die Bereiche Bau und Heimat erweitert worden. Eine Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ wird unter Leitung des Innenministers die Programme aller betroffenen Ressorts bündeln. Gemeinsam mit Ländern und Kommunen wollen wir hier Antworten auf die berechnete Erwartung der Menschen an die

Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in unserem Land geben.

Wir haben viel vor. Ich werde alles dafür tun, damit die Menschen am Ende dieser Legislaturperiode sagen: „Die in Berlin“ haben aus dem Wahlergebnis vom September 2017 etwas gelernt. Die haben wirklich etwas verstanden und viel Konkretes und Gutes für uns erreicht. Ich möchte, dass dann viele Leute sagen: Unsere Gesellschaft ist menschlicher geworden, Spaltungen und Polarisierungen konnten verringert werden, und Zusammenhalt ist neu gewachsen. Dafür will ich mich als Bundeskanzlerin mit aller Kraft einsetzen.

Auch als CDU wollen wir Antworten geben auf die Herausforderungen der Zukunft. Deshalb haben wir jetzt unter Leitung unserer neuen Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer den Prozess für ein neues Grundsatzprogramm gestartet. Ziel ist es, dieses auf dem CDU-Parteitag 2020 zu beschließen. In diesem Prozess setzen wir auf eine enge Zusammenarbeit mit unserer Basis. Wir haben so viele Fachleute und so viel Lebenserfahrung in unseren Reihen – diesen „Schatz“ wollen wir noch stärker heben. Das gilt auch und gerade für die Frauen Union. Deshalb heute – zum 70. Geburtstag der Frauen Union – nicht nur meinen Glückwunsch, sondern auch mein Appell an die Frauen in der CDU: Bringen Sie sich weiterhin ein. Machen Sie mit. Wir brauchen Sie.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB
ist Vorsitzende der CDU Deutschlands

Zuhören, Diskutieren, Entscheiden: GESTALTEN!



Foto: CDU/Laurence Chaperon

Die CDU auf dem Weg zum neuen
Grundsatzprogramm

Der Star ist die Mannschaft. Und jede erfolgreiche Mannschaft hat einen Teamspirit, ein gemeinsames Verständnis davon, was sie ausmacht, was sie zusammenhält und welche Ziele man verfolgt. Auch wir als CDU brauchen ein gemeinsames Verständnis davon, was uns ausmacht, wenn wir auch künftig die starke Volkspartei der Mitte sein wollen.

Wir alle spüren: Unser Land hat es mit großen Veränderungen zu tun – Risiken aber auch Chancen durch die Digitalisierung, internationale Konflikte und Unruheherde in unserer Nachbarschaft, eine älter werdende Gesellschaft und neue Herausforderungen für unseren Zusammenhalt. Angesichts dieser Veränderungen wollen wir uns unseres Selbstverständnisses vergewissern und auf dieser Grundlage unseren Gestaltungsanspruch für unser Land formulieren. Wir wollen, wir müssen und wir werden die richtigen Antworten auf die Fragen unserer Zeit geben.

Dabei haben wir festen Boden unter den Füßen. Wir haben Grundüberzeugungen, die bleiben und die uns leiten: Das Bekenntnis zum christlichen Menschenbild, unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit, schließlich unsere christlich-soziale, unsere liberale und unsere konservative Wurzel.

Der Weg zum neuen Grundsatzprogramm ist ein gemeinsamer Weg all unserer Mitglieder. Deshalb bin ich seit einigen Tagen mit meiner Zuhör-Tour im ganzen Land unterwegs, von der Küste bis zum Bodensee, von der Grenze zu Polen bis in meine saarländische Heimat. Bis zum Sommer möchte ich mit möglichst vielen unserer Mitglieder ins Gespräch kommen.

Aus diesen Gesprächen der Zuhör-Tour wollen wir Leitfragen entwickeln, die den weiteren Prozess ordnen

und strukturieren. Bei der Diskussion über die Antworten auf diese Leitfragen wollen wir nicht unter uns bleiben. Mir ist es wichtig, dass wir mit Sympathisanten der CDU und auch mit externen Experten und Praktikern ins Gespräch kommen. Auch soll in dieser Phase das Konrad-Adenauer-Haus in Berlin zu einem Ort der Debatte werden. Wir suchen und wir brauchen öffentliche Debatten über strittige Punkte, sowohl innerhalb unserer Partei als auch mit Menschen außerhalb der Partei. Dabei sollten wir uns auch nicht davor scheuen, diese Debatten mit anderen Parteien offensiv und souverän aufzunehmen. Ergebnis dieser Programmdebatten wird der Entwurf für das neue Grundsatzprogramm sein. Im Rahmen einer Antwort-Tour möchte ich diesen ebenfalls mit unseren Mitgliedern diskutieren. Der Abschluss dieses Prozesses ist dann der Beschluss unseres neuen Grundsatzprogramms auf unserem Parteitag 2020.

Aber: Selbst-Vergewisserung ist für uns in der CDU niemals Selbst-Zweck. Es geht um unseren Gestaltungsauftrag für unser Land. Unser Anspruch ist es, die Geschichte unseres Landes in die Hand zu nehmen. Deshalb wird das Grundsatzprogramm die Grundlage für ein Regierungsprogramm sein, mit dem wir bei den Menschen im ganzen Land um Vertrauen werben.

Auf dem Weg zum Grundsatzprogramm weiß ich mich in besonderer Weise von der Frauen Union unterstützt. Darauf baue ich auch weiterhin. Es braucht eine starke Frauen Union in der CDU. Ich lade daher alle Freundinnen in der Frauen Union ein, sich einzubringen.

Annegret Kramp-Karrenbauer
ist Generalsekretärin der CDU Deutschlands



Miteinander statt Nebeneinander –
Wir können das!

Miteinander statt Nebeneinander

Dass gemischte Teams die besseren Ergebnisse bringen, ist mittlerweile eine, auch über die Frauenpolitik hinaus, akzeptierte Erkenntnis. Dass Vielfalt – in einem weiteren Sinne – auch für unser Land eine Chance ist, wird in den polarisierten Debatten der letzten Monate leider allzu oft in Abrede gestellt. Klar ist: Vielfalt ist kein Selbstläufer, sie birgt Chancen und Konfliktpotenzial. Vielfalt will gestaltet sein, nur so kann ein friedliches Zusammenleben, kann gesellschaftlicher Zusammenhalt gelingen.

Wir brauchen eine sachliche Debatte über die Regeln unseres Zusammenlebens, ohne Beschwichtigungen und Dramatisierungen. Dazu gehört, über die Chancen und Herausforderungen von Einwanderung ebenso offen und ehrlich zu sprechen wie über Missstände bei der Integration auf allen Seiten.

Mehr Miteinander heißt, dass alle ein Gefühl von Zugehörigkeit und Zusammenhalt entwickeln können und alle die gleichen Chancen auf Teilhabe bekommen. Ebenso müssen alle die Regeln des Zusammenlebens akzeptieren und die Werte, die unsere Gesellschaft zusammenhalten, anerkennen. Das muss bei aller Vielfalt das einigende Band sein.

Zu unseren Werten gehört ein respektvolles, gewaltfreies Miteinander auf Basis unseres Grundgesetzes und seiner freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Da gibt es keinen Rabatt, für niemanden, egal welcher Herkunft. Ebenso haben Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus oder Islamfeindlichkeit in unserem Wertekanon keinen Platz. Wir müssen hier ein klares Stopp-Signal set-

zen. Das fängt bei der Sprache im Alltag und der Kommunikation in sozialen Medien an, geht über diskriminierungs- und gewaltfreie Schule, faire Bewerbungsverfahren bei der Ausbildung und am Arbeitsplatz bis hin zur interkulturellen Öffnung sämtlicher Bereiche unserer Gesellschaft.

Für mehr Miteinander war es in Zeiten hoher Flüchtlingszahlen wichtig, dass der Bund in den vergangenen Jahren die Länder und Kommunen bei den Kosten der Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen in Milliardenhöhe entlastet hat. Denn kein kommunales Schwimmbad, keine städtische Bücherhalle soll geschlossen werden, weil wir zu einer humanitären Flüchtlingspolitik stehen. Jetzt stellt der Bund noch einmal zusätzlich acht Milliarden Euro bis 2021 bereit, damit die Integration vor Ort besser gelingen kann.

Die letzten Jahre haben wie unter einem Brennglas gezeigt, dass wir uns noch stärker mit den Voraussetzungen für Integration und ein gutes Miteinander befassen müssen. Dabei geht es zum einen um Strukturen, um die ausreichende Versorgung mit Kita-Plätzen, Schulen, Ausbildungskapazitäten und Wohnungen vor Ort – aber nicht nur für Flüchtlinge oder 18,6 Millionen Menschen mit Einwanderungsgeschichte, sondern für alle 82 Millionen Menschen in unserem Land. Es geht aber auch um politische Bildung und um die Frage, wie Werte unseres Zusammenlebens – etwa die Gleichstellung – in die Familien hinein vermittelt werden können. Und wir müssen uns stärker damit befassen, welchen Einfluss Religion und



Foto: panthermedia.net/jovannig

Weltanschauung bei der Integration spielen. Gemeinsam mit dem Bundesinnenminister und dem Bundesarbeitsminister werde ich deshalb eine Fachkommission einsetzen, die Kriterien für gelingende Integration erarbeitet.

Seit dem Jahr 2015 steht die Integrationspolitik vor völlig neuen Herausforderungen. Sehr viele Menschen kamen in sehr kurzer Zeit und auf der anderen Seite sind Ängste entstanden. Deshalb ist es auch richtig, jetzt ein neues Gesamtkonzept zu entwickeln. Wir brauchen eine ehrliche Zwischenbilanz, wo wir bei der Integration stehen. Dabei müssen alle Integrationsmaßnahmen auf den Prüfstand. Wir müssen uns ansehen: Mit welchen Maßnahmen erreichen wir die Menschen wirklich? Welche müssen wir anders ausrichten? Nur so können die Maßnahmen mehr Wirkung entfalten. Angebote wie etwa den Spracherwerb in den Integrationskursen, die assistierte Ausbildung, die berufsvorbereitenden Maßnahmen oder die Vermittlung und den Zugang zum Arbeitsmarkt müssen enger miteinander abgestimmt und ausgebaut werden. Das heißt Fördern. Wir dürfen aber auch erwarten, dass die Angebote mit dem bestmöglichen Einsatz angenommen werden und eine Teilnahme nicht einfach verweigert wird und ohne Folgen bleibt. Das heißt Fordern.

Einen besonderen Fokus werde ich auf die Unterstützung von Frauen legen, denn ohne sie kann die Integration nicht gelingen. Frauen nehmen in den Familien eine wichtige Rolle ein und das Frauenbild, das dort gelebt wird, prägt die nächste Generation. Gerade Frauen aus Familien mit Einwanderungsgeschichte müssen wir stark machen,

damit sie ihre Rechte besser wahrnehmen können. Auch in Deutschland ist die Gleichberechtigung nicht vom Himmel gefallen, sondern war ein jahrhundertelanger Prozess, der sehr viel mit Bildung und mit Erwerbstätigkeit von Frauen zu tun hatte. Um die Frauen besser zu erreichen, brauchen wir entsprechend zugeschnittene Angebote. Das müssen wir jetzt entschlossen angehen. Dazu gehört, dass die Integrationskurse und die Maßnahmen für den Einstieg in den Arbeitsmarkt noch stärker auf Frauen ausgerichtet werden. Und das kommt der gesamten Gesellschaft zugute. Denn die Teilhabe von Frauen in allen Lebensbereichen ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass eine Gesellschaft ihr demokratisches und wirtschaftliches Potenzial voll und ganz ausschöpfen kann.

Das Jahr 2015 hat uns vor neue Herausforderungen gestellt. Jetzt geht es nicht mehr darum, ob wir es schaffen. Jetzt müssen wir zeigen, dass wir es auch können. Ich bin überzeugt, dass wir in dieser Legislaturperiode mehr Miteinander statt Nebeneinander erreichen können. Die verabredeten Maßnahmen im Koalitionsvertrag und die hervorragende wirtschaftliche Verfasstheit unseres Landes und des Arbeitsmarktes bieten dafür die besten Bedingungen. Noch wichtiger ist, dass die Mehrheit der Deutschen mehr Integration, Zusammenhalt und Miteinander will – und weniger Spaltung. Packen wir es an!

Annette Widmann-Mauz ist Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration.

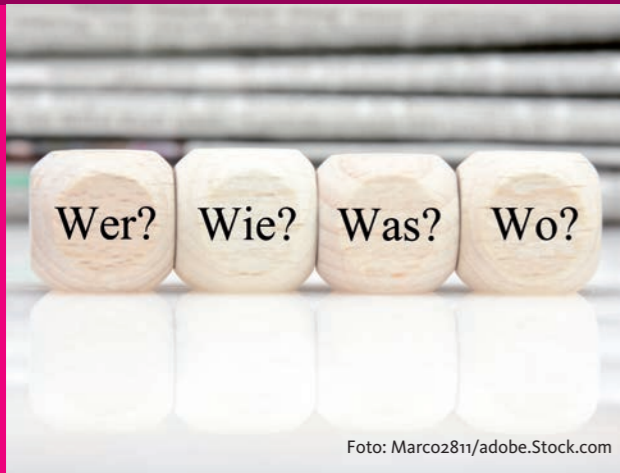


Foto: Marco2811/adobe.Stock.com

Das Werbeverbot für den Schwangerschaftsabbruch soll unverändert bestehen bleiben. Die Union tritt weiter für die Beibehaltung von § 219a StGB ein.

Schutz des ungeborenen Lebens

In der Diskussion um das Verbot der Werbung für Abtreibung tritt die Union für den Erhalt der ausgewogenen gesetzlichen Regelungen ein. Im Mittelpunkt steht die Beratung durch eine anerkannte Beratungsstelle, die der Frau eine informierte und freie Entscheidung ermöglicht.

Nach unserer Überzeugung besitzt das Ungeborene Lebensrecht und Würde von Anfang an – es entwickelt sich als Mensch, nicht zum Menschen. Der Staat ist verpflichtet, dieses ungeborene Leben zu schützen. Dazu braucht es eine wirksame Beratung zum Leben, in der es nicht nur um medizinische Fragen, sondern auch um konkrete Hilfen für ein mögliches Leben mit dem Kind geht. Sie ist auf Ermutigung zum Leben gerichtet, aber ergebnisoffen und nicht moralisierend. Die schwierige Konfliktlage der Mutter wird dann ohne Strafandrohung anerkannt, denn das Kind kann letztlich nur mit, nicht gegen die Mutter geschützt werden. Auch in der aktuellen Diskussion geht es nicht um Kritik an der Frau, die sich nach der Beratung für einen Abbruch entscheidet, oder um eine Verurteilung der Ärzte, sondern darum, die Würde und das Lebensrecht des Ungeborenen zu vertreten, ihm eine Stimme zu geben. Es bleibt bei der Rechtswidrigkeit des Schwangerschaftsabbruchs und der Pflicht des Staates, ein allgemeines Bewusstsein für das Lebensrecht des Kindes und die Rechtswidrigkeit der Abtreibung in der Öffentlichkeit aufrechtzuerhalten; zusätzlich ist geregelt, dass derjenige, der die Beratung vornimmt, nicht auch derjenige sein darf, der den Abbruch vornimmt. All dies entspricht einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts.

Werbung für Abtreibung, die die Beratung zum Leben konterkarieren würde, ist damit nicht vereinbar. Bei Strei-

chung von § 219a StGB wäre z.B. Werbung für Abtreibungskliniken im Internet, mit Anzeigen oder Plakaten möglich, wie bisher etwa für Kinderwunschzentren oder Schönheitskliniken. Dies stünde im klaren Widerspruch zu der Rechtswidrigkeit der Handlung und zu dem Auftrag des Staates, ein Bewusstsein für das Lebensrecht des Kindes zu erhalten.

Der Vorwurf, das Informationsrecht von Frauen werde beschnitten, geht ins Leere: Es stehen alle medizinischen Informationen zur operativen oder medikamentösen Abtreibung im Internet, in Büchern, Broschüren u.a.m. zur Verfügung. Es gibt hier keinerlei Informationsdefizit, das ausgerechnet von den anbietenden Ärzten geschlossen werden müsste. Deren Informationspflicht beginnt erst, wenn die Entscheidung getroffen ist und es um die konkrete Durchführung des Eingriffs geht.

Adressen der Ärzte werden von Beratungsstellen, Gesundheitsämtern oder ärztlichen Kollegen weitergegeben. Es gibt kein Tabu oder Redeverbot. Sanktioniert wird lediglich die öffentliche Information durch den Anbieter/die Anbieterin selbst, bei denen das Lebensrecht des Kindes ausgeblendet wird; das Beispiel der Ärztin Kristina Hänel, die in Bezug auf den Embryo lediglich von „Schwangerschaftsgewebe“ spricht, drängt sich auf. Dass es ein ernsthaftes Problem geben könnte, einen zur Abtreibung bereiten Arzt zu finden, ist bei über 100 000 registrierten Abtreibungen mit steigender Tendenz nicht plausibel.

Elisabeth Winkelmeier-Becker MdB ist Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion für Recht und Verbraucherschutz

Beratungsbedarf bei Schwangerschaft



Foto: THAWEERAT/adobe.Stock.com

Die Leiterin der Diakonischen Sozial- und Lebensberatung Freudenstadt berichtet aus der Praxis der Schwangerschaftskonfliktberatung.

In die Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung kommen Frauen und Ratsuchende mit ganz individuellem Informations- und Beratungsbedarf:

- Oft fühlen sie sich durch die neue Situation (Schwangerschaft) verunsichert. Die Lebensentwürfe scheinen zu scheitern. Die Frauen kommen mit dem Wunsch der Klärung, oft im Ungewissen, was sie in der psychosozialen Beratung in der Beratungsstelle erwartet.
- Sie haben mit ihrer Problemsituation bereits im Internet recherchiert, z. B. auch Statements von „Abbruchgegnern“ gelesen, die sie vielleicht noch mehr verunsichern. Für eine Klärung benötigen die Frauen Freiräume, die durch eine vertrauliche Beratung ermöglicht werden und auch Schutzräume um ihre individuellen Fragen und Probleme benennen zu können.
- Manchmal gibt es wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Druck, dann ermöglicht ein finanzieller Spielraum, der sich in der Beratung entwickelt, neues Denken.

Frauen benötigen in dieser Situation ein Gegenüber, das zuhört, das versucht, sie in dieser Situation zu verstehen, das behutsam ist, widersprüchliche Gefühle zulässt und aushält und die Möglichkeit eröffnet, gedanklich mal auf die eine oder andere Seite zu gehen; beide Seiten abzuwägen, nochmals zu überprüfen, dass es im Leben nicht immer richtige und falsche Lösungen geben kann.

Leben kann nur gelingen, wenn ein offener von Vertrauen getragener Beratungsprozess entsteht. Ein Prozess des Klärens und Verstehens, basierend auf Vertrauen, ohne Belehrung und Bevormundung weckt Ermutigung und Verständnis. Immer mit dem Ziel, die Frauen bei der Suche nach einer Entscheidung zu unterstützen.

Diese Beratung ist eine individuelle Konstellation, eine nicht wiederholbare, einmalige Begegnung.

Frauen mit ungewollter Schwangerschaft, die die Beratungsstelle aufsuchen, geraten oft in eine persönliche und/oder berufliche Lebenskrise. Sie müssen die Spannung, das werdende Kind als Teil von sich, aushalten. Deshalb benötigen sie unverzüglich eine psychosoziale und individuelle, „ergebnisoffene“ Beratung, die bei Bedarf auch ethische, rechtliche und medizinische Aspekte beinhaltet. Auf Wunsch können entsprechend § 6 SchKG Fachkräfte hinzugezogen werden.

Frauen, die sich für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden, erhalten die dafür notwendigen Informationen und Hilfestellungen. Im Beratungskontext gehören dazu auch Auskünfte über ambulante und stationäre Möglichkeiten des Abbruchs sowie die Klärung der Kostenübernahme und das Angebot von stützenden Gesprächen nach einem Abbruch.

Das umfassende Beratungsangebot für Frauen, die in bedrängten Lebenssituationen kommen, ist eine große Herausforderung an die Beratungskräfte. Solide Fachkompetenz und die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit Grenzfragen des menschlichen Lebens werden vorausgesetzt. Mut und persönliche Stärke sind wichtig, um Anfeindungen, Distanzierungen und Unterstellungen professionell begegnen zu können. Mit dem Beratungsangebot wollen wir für die Frauen diese Schutzräume, Freiräume und die finanziellen Spielräume erhalten und immer wieder individuell neu gestalten. Den Frauen mit ihren immer komplexeren Themen und Fragestellungen diese Räume zu bewahren, ist von großer Wichtigkeit. Diese professionelle Beratung und Unterstützung bedarf einer verlässlichen und ausreichenden Finanzierung der Beratungsstellen.

Renate Braun-Schmid ist Geschäftsführerin der Diakonischen Bezirksstelle Freudenstadt



Foto: Tobias Koch

Interview mit der neuen Vorsitzenden der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Yvonne Magwas MdB

Sprachrohr der weiblichen Abgeordneten

In der vergangenen Legislaturperiode hat die Arbeit der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beispielsweise bei der Reform des Sexualstrafrechts und des Prostituiertenschutzgesetzes mit dazu beigetragen, dass sich viel für die Frauen verbessert hat. Welche frauenpolitischen Schwerpunkte haben Sie jetzt in den Blick genommen?

Für die inhaltliche Arbeit liefert der Koalitionsvertrag eine sehr gute Grundlage. Jetzt muss Fahrt aufgenommen werden! Wir werden uns unter anderem dafür einsetzen, dass das Recht auf befristete Teilzeit zügig gesetzlich verankert wird. Damit wird eine Forderung erfüllt, für die wir uns schon lange einsetzen. Teilzeit darf nicht zur Teilzeitfalle werden – deswegen brauchen wir schnell ein Rückkehrrecht zu Vollzeit. Mein herzlicher Dank in diesem Zusammenhang gilt Annette Widmann-Mauz, Nadine Schön, Karin Maag und den vielen Frauen, die in den Koalitionsvertragsverhandlungen frauenpolitische Schwerpunkte durchgesetzt haben.

Uns ist es zudem wichtig, dass Frauen Sprachrohr in allen Bereichen, über die „klassischen“ Themen hinaus, sind. Die Bundestagswahl hat wieder einmal gezeigt, dass Frauen überdurchschnittlich Union wählen. Es ist deshalb wichtig, auf die politische Ausrichtung insgesamt Einfluss zu nehmen. Frauen, die Union wählen, sollen auch die Politik bekommen, für die sie uns wählen.

Der Frauenanteil in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist bei der letzten Bundestagswahl leider stark zurück-

gegangen. Nur noch 49 von 247 Unionsabgeordneten sind Frauen. Mit welchen Instrumenten könnte der Frauenanteil erhöht werden?

Aus meiner Sicht liegt der Schlüssel bei den Direktmandaten. Frauen müssen vermehrt als Direktkandidatinnen in den Wahlkreisen aufgestellt werden. Beim Blick auf die letzte Bundestagswahl gibt es starke regionale Unterschiede. Ein ausgesprochen positives Beispiel ist der Landesverband Schleswig-Holstein mit 40 Prozent weiblichen direkt gewählten Abgeordneten. Mein Heimatlandesverband Sachsen ist mit 25 Prozent zumindest vorzeigbar. Aber das in einem so großen Landesverband wie Baden-Württemberg nur 3 von 38 direkt gewählte Abgeordnete Frauen sind, muss man schlicht als krasses Organisationsversagen des Landesvorstandes bezeichnen. Die Landesverbände müssen jetzt damit beginnen, Frauen für 2021 zu unterstützen und aufzubauen.

Wie lassen sich trotzdem in der Fraktion die Interessen von Frauen durchsetzen?

Wir sind mit 49 Frauen eine schlagkräftige und gut vernetzte Truppe. Wir stellen die Kanzlerin, drei Bundesministerinnen, hinzu kommen Staatsministerinnen, Staatssekretärinnen, stellv. Fraktionsvorsitzende und fachpolitische Sprecherinnen in der Fraktion. Unsere Frauen arbeiten in allen Ausschüssen mit, sind also breit aufgestellt und mit viel Fachkompetenz ausgestattet.

Auch in den Kommunalparlamenten liegt der Frauenanteil bei durchschnittlich 25 Prozent. Vor allem in

kleineren Kommunen gibt es immer noch „frauenfreie“ Räte. Was ist zu tun?

Frauen müssen auf den Listen gute Plätze bekommen. Zudem müssen die Rahmenbedingungen passen – „familienfreundliche“ Räte würde ich sagen, mit Anfangs- und Endzeit, effizienter Beratung, etc. Dies gilt natürlich für Männer gleichermaßen, die Familienarbeit übernehmen.

Aber auch das Wahlverhalten ist in den Blick zu nehmen. Oft scheinen Frauen eher Männer zu wählen, Frauen sollten auch einmal gezielt Frauen wählen.

In der Debatte zum Weltfrauentag beschrieben Sie eine Gefahr für das moderne Frauenbild in Deutschland. Wo liegt diese?

Das moderne Frauenbild gerät von zwei Seiten unter Druck. Einerseits durch das patriarchalische Frauen- und Familienbild von Teilen der muslimischen Mitbürger. Ein derartiges Frauenbild ist weder mit unserem Grundgesetz vereinbar noch wollen wir das in Deutschland im 21. Jahrhundert haben. Andererseits durch die AfD, die sich gegen Gleichberechtigung und Wahlfreiheit für Frauen stellt und ihnen vorschreiben möchte, wie sie ihr Leben zu leben haben. Ich habe hohen Respekt für Frauen, die sich für Familie und Erziehung entscheiden. Ich möchte aber nicht wie die AfD Frauen bevormunden. Frauen, die Arbeit und Familie unter einen Hut bekommen, sind keine schlechteren Mütter. Jeder Mann, der mehr Verantwortung in der Familie übernimmt, ist für mich ein positives Beispiel. Frauen können und wollen selbst entscheiden, wie sie leben. Sie brauchen keine ideologische Bevormundung.

Welche Auswirkungen haben Debatten, in der sich Frauen beispielsweise unter dem Stichwort #metoo über Ihre Erfahrungen austauschen?

Grundsätzlich positive. Derlei Debatten sensibilisieren und machen den Frauen Mut, die sich bis jetzt nicht getraut haben, darüber zu sprechen. Richtig ist, dass sich in den Köpfen vieler Männer einiges ändern muss. Es gilt aber auch – wie bei vielen emotionalen Debatten – nicht zu überziehen. Oftmals hilft eine Art Perspektivwechsel: Wäre es beispielsweise für einen Vater akzeptabel, wenn es seine Tochter wäre, die von einem anderen Mann den „flotten Spruch“ gesagt bekommt? Genau da ist meiner Meinung nach die Grenze.

frau & info

CDU-Frauen der Bundesregierung

Im vierten Kabinett von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB sind mit den drei Bundesministerinnen Dr. Ursula von der Leyen MdB, Verteidigung, Julia Klöckner, Ernährung und Landwirtschaft sowie Anja Karliczek MdB, Bildung und Forschung, vier Staatsministerinnen bzw. Parlamentarische Staatssekretärinnen der CDU im Amt.



Foto: Elke Jung-Wolff

Seit 2013 ist die Berliner CDU-Politikerin **Prof. Monika Grütters MdB** Staatsministerin für Kultur und Medien. Staatsministerin Monika Grütters hat ein breit gefächertes Aufgabengebiet: Unter anderem fördert sie Kultureinrichtungen und vertritt die kultur- und medienpolitischen Interessen Deutschlands bei der EU.

Die Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands **Annette Widmann-Mauz MdB** ist neue Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und unterstützt dort als Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration die Bundesregierung bei der Weiterentwicklung der Integrationspolitik und der Förderung des Zusammenlebens aller Menschen im Land – ob Deutsche und Ausländer, ob mit oder ohne Einwanderungsgeschichte. Eine ihrer Hauptaufgaben besteht darin, die Integration der in Deutschland lebenden Einwanderer zu fördern.



Foto: CDU/Jan Kopecký



Foto: CDU/Jan Kopecký

Die Parlamentarische Staatssekretärin **Dr. Maria Flachsbarth MdB** aus dem Wahlkreis Hannover-Land hat vom Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft zum Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gewechselt.

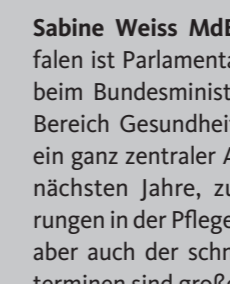


Foto: Axel Wolff

Sabine Weiss MdB aus Nordrhein-Westfalen ist Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit. Der Bereich Gesundheit und Pflege ist für sie ein ganz zentraler Aufgabenbereich für die nächsten Jahre, zum Beispiel Verbesserungen in der Pflege, der Fachkräftemangel, aber auch der schnellere Zugang zu Arztterminen sind große Herausforderungen.



Roswitha Verhülsdonk war von Anfang an dabei: Vor 70 Jahren stießen sie und ihre Mitstreiterinnen auf unglaubliche Widerstände

Nicht bange machen lassen

Roswitha Verhülsdonk würde nie auf die Idee kommen, über irgendetwas zu jammern. Erstens ist das nicht ihre Art und zweitens: Es war eben damals so. In den Familien der 1950er Jahre waren die Aufgaben klar verteilt, der Mann brachte das Geld heim, machte Karriere, engagierte sich in seinen Männerrunden politisch und die Ehefrau kümmerte sich um Kinder, Erziehung, Haushalt und das soziale Umfeld. Ausnahmen aus diesem Rollenverhältnis gab es, aber sie waren selten. Die heute 91-jährige Politikerin hat den langen Weg von einem der ersten, misstrauisch beäugten Frauentreffen in Koblenz 1949 über die Gründung einer örtlichen CDU-Frauenvereinigung bis zum ersten Bundesdelegiertentag der Frauen der CDU 1958 und ihrer Entwicklung bis heute nicht nur miterlebt, sondern als treibende Kraft mitgestaltet.

„Mein Vater war einer der Gründer der CDU Koblenz, ich wuchs insofern in einem ganz politischen Umfeld auf, und mein späterer Mann war Redakteur beim Rheinischen Merkur“, erzählt Verhülsdonk. Trotzdem musste sie mit der Heirat 1949 ihr Philologie-Studium an der Uni Mainz aufgeben. Das war damals normal und wurde schlicht erwartet. „Als ich häufiger meine anfangs informelle Frauengruppe traf und 1952 mein zweites Kind bekam, sagte mir meine Mutter: „Halt mal, du fängst mir jetzt nicht mit Parteiarbeit an, mit zwei kleinen Kindern geht das nicht.“ Später unterstützte ihre Mutter sie allerdings doch, auch wenn gelegentlich der Satz fiel: „Du lebst eine falsche Rolle.“

Aus der zunächst informellen Frauenvereinigung in Koblenz, darunter viele Damen aus dem katholischen Lehrerinnenverband, wurde schnell ein aktives Frauennetz-

werk. „Wir wollten gar nicht in den verrauchten Hinterzimmern sitzen, sondern etwas eigenes machen und unterbelichtete Frauenthemen nach vorne bringen“, beschreibt Verhülsdonk. „Man traf sich zu politischen Zwecken, aber jedes Treffen begann mit einem Gebet.“

Dabei blieb es nicht: Dass in der Politik nicht nur Durchsetzungsstärke, sondern auch Geschick und Willen zu Macht dazugehören, bekam die damals engagierte, junge Frau schnell raus. Als sie bei einer Kreisvorstandssitzung tatsächlich vom Vorsitzenden zur „Sprecherin der Frauen“ ernannt werden sollte, weil man an der Frauenrunde nicht mehr vorbeikam, „habe ich sofort das Heft übernommen, darauf bestanden, gewählt zu werden und außerdem einen Vorstand und Beisitzerinnen zu bekommen“, erinnert sich die zierliche und agile alte Damen heute. „Ich hatte gemerkt, ich muss das Verfahren an mich ziehen, sonst gehen die Frauen hier nur mit einem Titel aber ansonsten leer aus.“ Sie kümmerte sich umgehend um einen Sitz im Bauausschuss, „denn da steckte das Geld, da wurden die relevanten Dinge entschieden“.

Jahrelang tingelte Roswitha Verhülsdonk mit anderen Frauen durch Rheinland-Pfalz, um weitere Kreis- und Regionalvereinigungen zu gründen – mit Erfolg. Ihrem Vater half sie bei dessen politischen Ambitionen, indem sie als Fahrerin, Sekretärin und Redenschreiberin seine Arbeit im Hintergrund mit übernahm und ihn bei Terminen sogar vertrat. Was nach dem Spruch „Hinter jedem erfolgreichen Mann steckt eine kluge Frau“ klingt, hatte für die junge, ehrgeizige CDU-Politikerin damals nur Vorteile: „Ich war überall dabei, habe sehr viel gelernt, auch Reden



halten.“ Und, so erzählt sie weiter: „Mein Vater, der ja eigentlich sechs Söhne haben wollte, nahm mich nun quasi an Sohnes statt an und förderte mich. Wenn er ein Machtwort sagte, war auch meine Mutter ruhig.“

Das eigene Elternhaus, hartnäckige Männerrunden und die heftige Skepsis anderer Ehefrauen „die ihre klassische Rolle als Hausfrauen und Mütter verteidigten und durch uns verunsichert waren“ – das alles waren Widerstände auf dem Weg zur Frauen Union der CDU, wie wir sie heute kennen. Nach und nach schafften Verhülsdonk und ihre Mitstreiterinnen, darunter Margareta Gröwel, Helga Wex, Johanna Bastuck, Rita Süßmuth und viele andere, ihre Frauennetze innerhalb der Partei machtvoller aufzustellen. 1969 wurde Verhülsdonk im Rheinland-Pfalz zur Landesvorsitzenden gewählt, nur drei Jahre später zur stellvertretenden Bundesvorsitzenden. Gut in Erinnerung ist ihr ein Ausbruch Helmut Kohls auf dem Essener Parteitag 1985: Als dort nachmittags rund 500 Frauen diskutierten und viele Männer achselzuckend in die Lobby gegangen waren, trieb er die Parteikollegen wieder in den Saal. „Die, die nicht gehorchten, wurden später in der Fraktionssitzung von ihm vorgeführt.“

Von 1980 bis 1986 führte Verhülsdonk die Gruppe der Frauen in der Bundestagsfraktion. „Mit wachsendem Einfluss stiegen unsere Möglichkeiten“, beschreibt sie. Rasch ging es um Rente, ein gerechtes Scheidungsrecht, Erziehungsgeld und Steuerklassen. An der nach vielen Jahren durchgesetzten Frauenquote hält sie fest: „Es hat sich gezeigt, dass sich sonst nichts ändert.“

Die Sache der Frauen ließ sie nie los: Bis 1994 war sie in der Kohl-Regierung drei Jahre Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfamilienministerium und dort maßgeblich am Zweiten Gleichberechtigungsgesetz beteiligt, das unter anderem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch flexiblere Arbeitszeiten erleichtert, den Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz regelt und die Berufung von Frauen in Gremien des Bundes vorschreibt. Bis heute ist die agile alte Dame in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen engagiert, sie turnt täglich und ernährt sich gesund – alles offenbar die richtige Kombination für ein langes, aktives Politikerleben.

Vera Schalck

frau & buch

„Olga“ – Eine Ehrung für starke Frauen

Das neue Buch von Bernhard Schlink ist nach seinen Worten in einem Interview mit dem Deutschlandfunk eine Ehrung für starke Frauen. In seinem Roman „Olga“ porträtiert er eine Frau, die sich ihren Platz erkämpft und Lehrerin im deutschen Kaiserreich wird – gegen viele Widerstände. Laut Schlink kommen viele Frauen in Olga zusammen. Seine Familie hatte eine Näherin in seiner Kindheit, die auch taub war – wie Olga. Eine Patentante, die Lehrerin wurde, unverheiratet blieb ihr Leben lang. Und dann gab es die vielen Frauen, denen er als Student und Assistent in der Universität begegnet ist. Sekretärinnen, die unter ihren geistigen Fähigkeiten leben mussten, weil es für Frauen einfach keine Chancen gab, und sie eigentlich wunderbare Germanistinnen, Juristinnen, Publizistinnen hätten werden können. Es war eine ganze Generation von Frauen, die eben unter ihren Fähigkeiten leben mussten.

Der Roman ist aber auch die Geschichte der Liebe zwischen einer Frau, die gegen die Vorurteile ihrer Zeit kämpft, und einem Mann, der sich mit afrikanischen und arktischen Eskapaden an die Träume seiner Zeit von Größe und Macht verliert.



Bernhard Schlink: „Olga“
Diogenes, Hardcover Leinen, 320 Seiten
Erschienen am 12. Januar 2018

ISBN: 978-3-257-07015-6; 24,00 Euro

Impressum

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der Frauen Union der CDU Deutschlands · Klingelhöferstraße 8 · 10785 Berlin · Telefon 030 22070-452 · Telefax 030 22070-439 · fu@cd�.de · www.frauenunion.de · **Bundesgeschäftsführer:** Claudia Hassenbach · **Redaktionsleitung:** Silke Adam · **Verlag:** Union Betriebs-Gesellschaft mbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · Telefon 02226 802-0 · Telefax 02226 802-111 · Telefon Vertrieb 02226 802-213 · Geschäftsführer: Rudolf Ley · **Erscheinungsweise:** 6-mal im Jahr · **Bezugspreis:** Einzelpreis 2,50 Euro · Jahresabonnement: 15,- Euro · **Bankverbindungen:** Sparkasse KölnBonn (IBAN DE20370501980007510183, BIC COLSDE33XXX) · Postbank Köln (IBAN DE67370100500193795504, BIC PBNKDEFFXXX) · **Anzeigenverwaltung:** Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · **Layout, Satz & Druck:** Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · Dieses Produkt wurde auf chlorfreiem Papier gedruckt.

FU!



Luftballons „FU“!

FU! Luftballons in drei Kristallfarben – Orange, Magenta, Aubergine. (Luftballons in leicht transparenten Farben.) Größe 90/100. Einseitiger FU!-Logo-Druck.

Bestell-Nr.: **9929**

Preis je 100 Stk.: **12,00 Euro**

inkl. MwSt., zzgl. 5,00 € Versandkosten

70 Jahre
Frauen Union der CDU
Das Plus für Frauen

- Postalische Bestellungen: PORTICA GmbH Marketing Support
CDU-Shop · Von-Galen-Straße 35 · D-47906 Kempen
- Bestellungen per Fax: 02152 91525272
- Bestellungen per E-Mail: cdu-shop@portica.de
- Für Online-Bestellungen: e-Shop unter www.shop.cdu.de

CDU